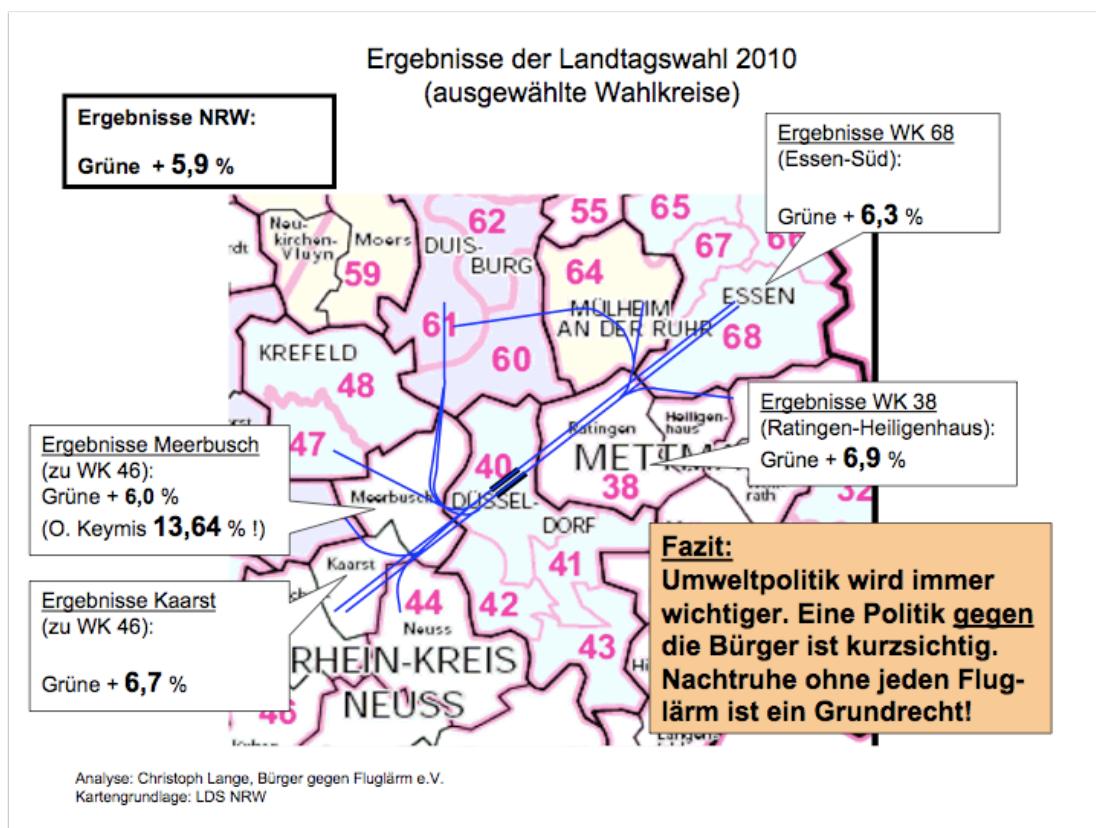


## Fluglärmgegner bewerten die Wahlergebnisse

Der Ausgang der Landtagswahl hat mehrere Facetten:

Bundespolitisch dürfte der Versuch der CDU/FDP-Bundesregierung, §29b des Luftverkehrsgesetzes zugunsten der Fluggesellschaften und Airports so zu ändern, dass den Betroffenen kein AKTIVER Lärmschutz (=weniger/nicht fliegen) in der Nacht gewährt wird, sondern sie hinter geschlossenen Fenstern (passiver Lärmschutz) eingemauert werden, im Bundesrat erfolgreich zu blockieren sein.

„Dies ist ganz wichtig für die Fluglärm-Betroffenen, denn sonst hätten wir kaum mehr Möglichkeiten gehabt, eine Verringerung der nächtlichen Flüge durchzusetzen.“ sagt BgF-Vorsitzender Christoph Lange. „Vor allem der Marktradikalismus der FDP, nach dem die Unternehmen einfach alles dürfen, wenn sie nur ein paar Jobs versprechen, ist gescheitert. Man muss den Menschen wenigstens die Nachtruhe lassen. Sowohl SPD als auch die Grünen haben versprochen, im Bundesrat gegen diese Änderung des LuftVG zu stimmen. Da es keine Landesregierung ohne eine Beteiligung wenigstens einer dieser beiden Parteien geben wird, ist dies die positivste Nachricht.“



Landespolitisch fällt auf, dass die Grünen in den fluglärm-betroffenen Wahlkreisen überproportional zulegen konnten (siehe Anhang). So wurden in Ratingen (Mettmann III) mit plus 6,9%-Punkten und in Meerbusch/Neuss III und Essen-Süd mit jeweils +6,3%-Punkten mehr Zuwächse erzielt als im Landesdurchschnitt (+5,9%-Punkte). Alle Parteien hatten im Vorfeld eine deutliche Reduzierung der Nachtflüge versprochen, so auch in Essen:

Der CDU-Abgeordnete Manfred Kuhmichel schreibt in seinem Wahlflyer wörtlich:  
„Einhaltung des Nachtflugverbotes am Düsseldorfer Flughafen. Volle Transparenz bei  
Ausnahmen und empfindliche Strafen bei Verspätungen! Lange: „Jeder weiß, dass gerade  
diese beiden Punkte in der letzten Legislaturperiode nicht funktioniert haben. Wer, wenn  
nicht die Abgeordneten der betroffenen Wahlkreise, soll das denn durchsetzen? Daher  
werden wir die Einlösung dieser Wahlversprechen auch bei Herrn Lienenkämper (CDU)  
ganz massiv einfordern.“

Die Bürger gegen Fluglärm sehen die Gefahr, dass umwelt- und verkehrspolitische  
Themen im Koalitionsgerangel unwichtiger werden könnten. Daher sagt Lange:

„Egal, welche Konstellationen sich ergeben, wir werden weiterhin und noch engagierter  
die Grundrechte auf Gesundheit und Eigentum verteidigen. Es kann nicht sein, dass der  
mit weitem Abstand lauteste Flughafen Deutschlands noch mehr Billigflieger mit ihren  
angeblich „ausnahmsweisen Verspätungen“ anlockt und die Anwohner nahezu jede Nacht  
mit Fluglärm terrorisiert. Zudem haben die unnötigen Kurzstreckenflüge z.B. rd. 5000 pro  
Jahr von/nach Frankfurt eine verheerende Umweltbilanz, da jeder Start-/Landezyklus  
neben rd. 20.000 kg CO<sub>2</sub> viele weitere gefährliche Abgase wie Stickoxide und  
Feinstaubpartikel in die Luft bläst. Haben wir weiterhin eine so große Unterstützung in der  
Bevölkerung, dann kommen keine Partei und kein Verkehrsminister an Gesprächen mit  
uns vorbei.“